

# Should I stay or should I go?



TEXT THOMAS BESCHORNER



**Business as usual mit Wladimir Putin? Was für eine Frage. Eine vorgeschobene Verantwortung von westlichen Unternehmen für Mitarbeitende in Russland sticht nicht ihre Verantwortung als gesellschaftliche Akteure. Frei nach Adorno: Es gibt keine richtigen Geschäfte in einem falschen Krieg.**

**D**arlin' you got to let me know“, singen The Clash in einem bekannten Song aus dem Jahr 1982: „Should I stay or should I go?“ Es ist die große Frage, die sich angesichts des russischen Angriffskrieges derzeit viele westliche Unternehmen stellen. Manche Firmen gehen, andere bleiben, wieder andere ducken sich weg – und hoffen, Antworten vermeiden, ihrer Verantwortung aus dem Weg gehen zu können.

Um etwas Klarsicht zu gewinnen, kann man zunächst drei Diskussionsstränge unterscheiden. Es gibt, erstens, eine traditionelle unternehmerische Rhetorik, die darauf rekurriert, dass Länder, die miteinander handeln, keine Kriege führen sollen. Daran knüpft sich zweitens ein ideologischer Argumentationsstrang, der die moralische Unbeflecktheit von Unternehmen als rein ökonomische Akteure hochhalten will. Und es gibt eine dritte Sicht, die Fragen von Unternehmensverantwortung im 21. Jahrhundert anders beantwortet: Unternehmen werden als gesellschaftliche (nicht nur ökonomische) Akteure kontextualisiert und als Verantwortungsträger normativ herausgefordert.

Für Unternehmen, die in Russland bleiben wollen, gibt es eine Reihe von „new darlings“. Da sind die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter vor Ort, denen gegenüber man sich verpflichtet fühlt. Da ist die russische Bevölkerung, wegen der man meint, seine Geschäfte fortsetzen zu müssen.

Es zählt seit vielen Jahren zu den Gepflogenheiten von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, ihr Handeln nicht mit den ökonomischen Interessen ihrer Aktionäre zu legitimieren. Eine zunehmend kritische Gesellschaft kauft Unternehmen eine solche Argumentation nicht mehr ab. Entsprechend wird in Stellungnahmen und in jeder Talkshow zum Thema vor allem eine Karte gespielt: Arbeitsplätze! Das signalisiert Sorge um die Menschen und Sensibilität für den gesellschaftlichen Auftrag von Unternehmen.

Die Rechtfertigung zur Weiterführung von Geschäftsbeziehungen in Russland setzt sich dann über verschiedene Hilfsargumente fort. Man sorgt sich im engeren Sinne um die russische Bevölkerung und weiter gehend um Versorgungsengpässe für nordafrikanische Länder, wenn die Weizenproduktion in Russland nicht wie bisher gewährleistet werden könne. Aber natürlich wollen wir im kommenden Winter auch nicht frieren – und sowieso hat Putin den Daumen am roten Knopf zur Zündung einer Atombombe, weshalb man ihn nicht provozieren sollte. Derart viel Sorgen von Unternehmen für die Weltgesellschaft hat man selten erlebt.

Um nicht missverstanden zu werden: Man kann und sollte diese Fragen agrar- und energieökonomisch, selbstverständlich auch sicherheitspolitisch diskutieren. Aber zum Metier von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden gehören solche Einschätzungen einer hochkomplexen weltpolitischen Lage nicht. Haben wir es also seitens der Firmen mit einem akuten gesellschaftlichen Engagement oder doch eher mit Kulturen der Ausrede aus ökonomischen Interessen zu tun?

Wenn die genannten Register nicht ziehen, muss der US-Ökonom Milton Friedman her, der im Jahr 1970 in einem Pamphlet in der „New York Times“ der Meinung war, dass es die (alleinige) Verantwortung von Unternehmen ist, ihre Gewinne zu maximieren. „Moralisches Gesäusel“ steht Unternehmen nicht gut zu Gesicht, gesellschaftspolitische Fragen gehen Unternehmen im Kern nichts an. In der Wirtschaft zählt ökonomischer Sachverstand. Punkt.

Der Aufsatz wirkt heute wie ein Dokument aus einer längst vergangenen Epoche, wird aber von manchem Wirtschaftsvertreter heute noch gern in akklamatorischer Absicht zitiert. Man nutzt „Darling Friedman“, um durch die betriebswirtschaftliche Brille auf aktuelle Fragen zu blicken, und zieht daraus die Konsequenz, dass es auch heute noch so was wie eine gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen im Grunde nicht gibt oder geben soll. Moral sei die Aufgabe von Politik (und Recht), die über regulatorische Maßnahmen – gerne weniger als mehr – die Spielregeln bestimmt, nach denen dann die Spieler, die Unternehmen, ihre rein ökonomischen Züge setzen.

## Bitte keine Moralisationen je nach Lage

„Mensch ärgere Dich nicht“ heißt das Spiel des modernen Kapitalismus in einer ausdifferenzierten Gesellschaft. Und es ist nur folgerichtig, dass aus einer derart engen ökonomischen Perspektive gesellschaftliche Forderungen nach Unternehmensverantwortung fast als Nötigung interpretiert werden. Man versichert sich, dass die „Moralisationen“ auf eine tendenziell verwirrte Gesellschaft zurückzuführen seien, der „ökonomischer Sachverstand“ fehle, die nicht empfänglich sei für die Segnungen der „wirtschaftlichen Vernunft“.

Dabei ist die Diskussion zu Fragen der Unternehmensverantwortung in akademischer wie in praktischer Hinsicht längst deutlich weiter. Also zur Sache, Schätzchen:

Unternehmen sind so eng mit der Gesellschaft verwoben, dass sie sich (in) dieser Gesellschaft als verantwortungsvolle Akteure nicht entziehen können, wollen sie ihre Akzeptanz nicht verlieren. Deshalb ist für die meisten westlichen Unternehmen klar: „If I go there will be trouble. And if I stay it will be double“ – um erneut den Song von The Clash zu zitieren.

**„Wer jetzt die wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen autoritären Regimen und Schurkenstaaten ins Feld führt, hat natürlich recht. Aber ein solcher ‚Whataboutismus‘ ist noch lange kein Argument“**

FOTO: PRISSELWYN HOFFMANN; ILLUSTRATION: DIMITRI BRODO

Zur Sache von Unternehmensverantwortung zählt dabei nicht nur soziale Akzeptanz, also das, was gesellschaftlich opportun erscheint – wie Unternehmen meinen, sich gegenüber der Öffentlichkeit verhalten zu sollen. Sondern zur Sache gehört in erster Linie, viel wesentlicher, die Frage: Was ist aus einer originären Verantwortungsperspektive als unternehmerisches Handeln geboten? Der Unterschied ist entscheidend. Er markiert die Differenz zwischen Moralisationen je nach (Geschäfts- und Gesellschafts-)Lage und einer Ethik als sachlicher Reflexion über das richtige, ja gute unternehmerische Handeln. Zwischen einem Vernünfteln mit Blick auf die Bilanz und die Öffentlichkeit – und dem intrinsisch motivierten Gebot, in einer spezifischen Situation wie im Moment als quasipolitischer Akteur aufzutreten.

Was bedeutet das konkret? Erstens müssen Unternehmen zur Kenntnis nehmen, dass die westliche Staatengemeinschaft die russische Invasion (richtigerweise) als Verletzung des Völkerrechts charakterisiert und wirtschaftliche Sanktionen verhängt hat. Daraus leitet sich zweitens die Verantwortung von Unternehmen ab, in diesem Geiste – und nicht nur regelgetreu im Sinne einer Abarbeitung rechtlicher Regeln – zu handeln, also verantwortungsvoll-proaktiv zu agieren.

Daraus wiederum bestimmt sich drittens eine Umkehrung der Begründungslast für Unternehmen: Nicht Unternehmen, die gehen, müssen sich für ihr Gehen rechtfertigen, sondern Firmen, die ihre Geschäftsbeziehungen mit Russland fortsetzen, müssen dafür sehr gute Gründe anführen können. Es kann für eine (partielle) Aufrechterhaltung von Tätigkeiten westlicher Unternehmen in Russland gewiss Ausnahmen geben: die Wartung von russischen Atomkraftwerken, eine Grundversorgung der russischen Bevölkerung. Nutella oder Kitkat-Riegel gehören nicht dazu. In jedem Fall liegt viertens die Rechtfertigung für derartige Ausnahmen immer bei den Unternehmen.

Unternehmen haben fünftens eine Fürsorgepflicht für ihre Mitarbeitenden, natürlich auch in Russland. Deshalb ist es für westliche Unternehmen geboten, soziale Maßnahmen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ergreifen, etwa über Abfindungen oder Lohnfortzahlungen. Aber um an dieser Stelle ganz deutlich zu sein: Eine vorgeschobene Verantwortung von westlichen Unternehmen für Mitarbeitende in Russland sticht nicht ihre Verantwortung als gesellschaftliche Akteure. Denn frei nach Adorno: Es gibt keine richtigen Geschäfte in einem falschen Krieg.

Eins noch: Wer jetzt die Wirtschaftsbeziehungen mit anderen autoritären Regimen und Schurkenstaaten ins Feld führt, hat natürlich recht. Ein Argument wird aus einem solchen „Whataboutismus“ aber nicht. Unrecht mit Unrecht aufzuwiegen, schon gar zu legitimieren, ist moralisch immer falsch. Viele Politiker und Manager haben lange gehofft, marktwirtschaftliche Ordnungen und Prozesse der Demokratisierung gingen Hand in Hand. Das tun sie nicht – genau das hat sich die westliche Welt zu lange nicht eingestehen wollen. Womöglich besteht die „Zeitenwende“ in mittlerer Frist gerade darin, eine neue Verhältnisbestimmung zwischen Kapitalismus und Demokratie vorzunehmen – und daraus praktische Konsequenzen abzuleiten. Es wäre an der Zeit. ■

**THOMAS BESCHORNER, 52,**

ist Professor für Wirtschaftsethik und Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen in der Schweiz.